



IHK Mitgliedsnummer (falls bekannt)
Firma / Name

IHK Hochrhein-Bodensee  
Geschäftsfeld Recht | Steuern  
Reichenastr. 21  
78467 Konstanz

**Antrag auf Erweiterung bzw. Reduzierung der Erlaubnis als Finanzanlagenvermittler  
gemäß § 34 f Abs. 1 GewO**

**- Antragsteller: Natürliche Person -**  
(bei OHG, KG, GbR die jeweiligen geschäftsführungsberechtigten Gesellschafter)

Wenn in diesem Formular bei bestimmten Begriffen, die sich auf Personengruppen beziehen, nur die männliche Form gewählt wurde, so ist dies nicht geschlechtsspezifisch gemeint, sondern geschieht ausschließlich aus Gründen der besseren Lesbarkeit.

**Antragsteller/in:**

Familienname	Geburtsname (nur bei Abweichung vom Familiennamen)
Vorname(n)(Rufnamen an erster Stelle)	

**Anschrift der Wohnung:**

Straße, Hausnummer	
PLZ	Ort
Telefon/Fax/E-Mail	

**Angaben zum Unternehmen:**

Straße, Hausnummer der Hauptniederlassung	
PLZ	Ort
Telefon/Fax/E-Mail	

## Angaben zur bisherigen Erlaubnis nach § 34f Abs. 1 S. 1 GewO:

Ich habe die Erlaubnis nach § 34f Abs. 1 S. 1 GewO bisher für die Beratung und Vermittlung von

- Nr. 1** Anteile oder Aktien an inländischen offenen Investmentvermögen, offenen EU-Investmentvermögen oder ausländischen offenen Investmentvermögen, die nach dem Kapitalanlagegesetzbuch vertrieben werden dürfen,
- Nr. 2** Anteile oder Aktien an inländischen geschlossenen Investmentvermögen, geschlossenen EU-Investmentvermögen oder ausländischen geschlossenen Investmentvermögen, die nach dem Kapitalanlagegesetzbuch vertrieben werden dürfen,
- Nr. 3** Vermögensanlagen im Sinne des § 1 Abs. 2 VermAnlG

Datum der Erlaubniserteilung und ausstellende Behörde

## Antrag auf

Erweiterung

Reduzierung

**Antrag auf Erweiterung der Erlaubnis** nach § 34f Abs. 1 S. 1 GewO für die Beratung und Vermittlung von

- Nr. 1** Anteile oder Aktien an inländischen offenen Investmentvermögen, offenen EU-Investmentvermögen oder ausländischen offenen Investmentvermögen, die nach dem Kapitalanlagegesetzbuch vertrieben werden dürfen,
- Nr. 2** Anteile oder Aktien an inländischen geschlossenen Investmentvermögen, geschlossenen EU-Investmentvermögen oder ausländischen geschlossenen Investmentvermögen, die nach dem Kapitalanlagegesetzbuch vertrieben werden dürfen,
- Nr. 3** Vermögensanlagen im Sinne des § 1 Abs. 2 VermAnlG

### Erforderliche Unterlagen für den Erweiterungsantrag:

- **Bescheinigung über den Bestand einer Berufshaftpflichtversicherung für den beantragten erweiterten Erlaubnisumfang**
- **Sachkundenachweis für Finanzanlagenvermittler für den erweiterten Erlaubnisumfang (nur, soweit die Sachkunde durch den Nachweis der erfolgreich abgelegten Sachkundeprüfung iSd. § 34f Abs. 2 Nr. 4 GewO nachgewiesen wird)**

**Sofern die Erlaubniserteilung länger als 3 Monate zurückliegt, sind für den Erweiterungsantrag noch folgende Nachweise und Bescheinigungen beizubringen**

- **Auszug aus dem Bundeszentralregister zur Vorlage bei einer Behörde (Belegart OB)**
- **Auszug aus dem Gewerbezentralregister zur Vorlage bei einer Behörde (Belegart 9)**
- **Steuerrechtliche Unbedenklichkeitsbescheinigung**
- **Auszug aus dem Schuldnerverzeichnis des Vollstreckungsportals der Länder (§ 882b ZPO)**
- **Bescheinigung des Insolvenzgerichts, dass über das Vermögen des Antragsstellers in der Vergangenheit und Gegenwart kein Insolvenzverfahren eröffnet bzw. die Eröffnung eines solchen Verfahrens nicht mangels Masse abgewiesen worden ist.**

**Antrag auf Reduzierung der Erlaubnis** nach § 34f Abs. 1 S. 1 GewO um folgende Produktkategorien: Die Beratung und Vermittlung von

**Nr. 1** Anteile oder Aktien an inländischen offenen Investmentvermögen, offenen EU-Investmentvermögen oder ausländischen offenen Investmentvermögen, die nach dem Kapitalanlagegesetzbuch vertrieben werden dürfen,

**Nr. 2** Anteile oder Aktien an inländischen geschlossenen Investmentvermögen, geschlossenen EU-Investmentvermögen oder ausländischen geschlossenen Investmentvermögen, die nach dem Kapitalanlagegesetzbuch vertrieben werden dürfen,

**Nr. 3** Vermögensanlagen im Sinne des § 1 Abs. 2 VermAnlG

**Erforderliche Unterlagen für den Reduzierungsantrag:**

- **Originalerlaubnisurkunde nach § 34 f GewO**

**Datenschutzrechtlicher Hinweis:**

*Die von Ihnen mitgeteilten personenbezogenen Daten werden zur weiteren Bearbeitung benötigt. Diese Datenerhebung erfolgt gemäß Art. 6 Abs. 1 c DSGVO und § 34 f GewO. Die weiteren datenschutzrechtlichen Informationspflichten finden Sie auf nächsten drei Seiten dieses Formulars.*

*Ich versichere die Richtigkeit und Aktualität der vorstehenden Angaben sowie der eingereichten Unterlagen. Ich erkläre zugleich, dass ich jede Veränderung meiner Tätigkeit und meiner persönlichen und beruflichen Verhältnisse mit Relevanz für das Erlaubnisverfahren unverzüglich der IHK mitteile.*

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

# **Informationspflichten gegenüber Erlaubnisinhabern gemäß der §§ 34 c, 34 d, 34 f, 34 h und/oder 34 i GewO sowie gegenüber Registrierungs-pflichtigen gemäß § 11a GewO nach Art. 13 DSGVO und Art. 14 DSGVO**

## **1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit**

Die Datenschutzhinweise erfolgen im Zusammenhang mit Ihrem Antrag auf Erteilung einer Gewerbeerlaubnis nach Gewerbeordnung (GewO) sowie gegebenenfalls auf Eintragung in das Vermittlerregister nach § 11a GewO.

## **2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen**

IHK Hochrhein Bodensee

Reichenastr. 21, D-78467 Konstanz

E-Mail: [info@konstanz.ihk.de](mailto:info@konstanz.ihk.de)

Telefon: +49(0)7531-2860-100

Telefax: +49(0)7531-2860-165

Vertretungsberechtigte:

Thomas Conrady (Präsident), Prof. Dr. Claudius Marx (Hauptgeschäftsführer)

## **3. Kontaktdaten der/des behördlichen Datenschutzbeauftragten**

SüdWest Datenschutz Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

Ludwig-Erhard-Allee 10

D-76131 Karlsruhe

Telefon: +49 721 5099-8769

Telefax: +49 721 5099-8701

E-Mail: [datenschutz@konstanz.ihk.de](mailto:datenschutz@konstanz.ihk.de)

## **4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung**

Ihre personenbezogenen Daten werden verarbeitet zu Zwecken des Erlaubnisverfahrens und der Überwachung des erlaubnispflichtigen Gewerbes sowie ggf. zur Eintragung in und Pflege im Vermittlerregister.

Die Datenverarbeitung erfolgt nach Art 6 Abs. 1 S. 1 Buchstabe c DSGVO i.V.m. §§ 11, 11a, 11b, 29, 34, 34c, 34d, 34f, 34h, 34i, 144, 146, 147c, 149, 153a GewO i.V.m. MaBV, Vers-VermV, FinVermV und/oder ImmVermV, auch für die Einholung eines Auszugs aus dem Bundeszentralregister. Im Falle Ihrer Einwilligung zur Einholung einer Auskunft beim zentralen Schuldnerverzeichnis ist Rechtsgrundlage Art. 6 Abs. 1 S. 1 Buchstabe a DSGVO. Sofern Sie Empfänger des Gebührenbescheids sind, werden Ihre Daten zur Zahlungsabwicklung verarbeitet.

## **5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten**

Ihre personenbezogenen Daten werden übermittelt an:

- Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V. (Vermittlerregister),
- Land Baden-Württemberg vertreten durch das Justizministerium (Gemeinsames Vollstreckungsportal der Länder, Insolvenzbekanntmachungen),
- Staatsanwaltschaften,
- Finanzämter,
- Erlaubnisbehörden,
- Aufsichtsbehörden,
- Bundesamt für Justiz (Bundeszentralregister/Gewerbezentralregister),
- Versicherungsunternehmen zum Abgleich ihrer Daten
- die Finanzbuchhaltung innerhalb der IHK zur Zahlungsabwicklung.

Unsere Dienstleister für die technische Unterstützung der Anwendung haben Zugriff auf die Daten.

## **6. Übermittlung von personenbezogenen Daten in ein Drittland**

Es ist nicht geplant, Ihre personenbezogenen Daten in ein Drittland oder eine internationale Organisation zu übermitteln.

## **7. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten**

Ihre personenbezogenen Daten werden für die Dauer der Erfüllung der oben genannten Zwecke verarbeitet. Nach der Zweckerfüllung werden die vorgenannten Daten, sofern systemseitig möglich, gelöscht; andernfalls wird der Personenbezug durch Anonymisierung entfernt und ein Zugriff auf Ihre Daten gesperrt. Gesetzliche, vertragliche oder satzungsmäßige Aufbewahrungsfristen können die Löschung bzw. Sperrung der Daten hemmen. Die Verjährungsfristen können wegen §§ 195 ff. Bürgerliches Gesetzbuch bis zu dreißig Jahre betragen; die regelmäßige Verjährungsfrist beträgt drei Jahre. Daneben sind die steuerrechtlichen, handelsrechtlichen, abgaberechtlichen und sonstigen gesetzlichen Aufbewahrungspflichten zu beachten. Die dort vorgesehenen Fristen zur Aufbewahrung/ Dokumentation betragen sechs bis zehn Jahre zuzüglich der Festsetzungsverjährung von weiteren vier Jahren. Ansonsten besteht auch die Verpflichtung zur Andienung aller Unterlagen, die die IHK Hochrhein-Bodensee nicht mehr zur Erfüllung Ihrer Aufgaben benötigt, an das Landesarchiv Baden-Württemberg. Um nicht gegen gesetzliche Regelungen zu verstoßen oder die Möglichkeit zu verlieren, einen Anspruch durchzusetzen oder uns gegen einen solchen zu verteidigen, behalten wir uns vor, die Daten erst nach Ablauf der letzten Frist zu löschen, die die Datenspeicherung legitimiert. Im Falle der Einwilligung erfolgt mit Widerruf der Einwilligung die Datenlöschung.

## **8. Betroffenenrechte**

Nach der EU-Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht, Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO).

Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO).

Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO).

Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die IHK, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Zur Ausübung Ihrer Rechte wenden Sie sich bitte an die/den behördliche/n Datenschutzbeauftragte/n.

Bei datenschutzrechtlichen Beschwerden können Sie sich an die zuständige Aufsichtsbehörde wenden. Sie können sich an eine Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedsstaat Ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Ortes der mutmaßlichen Verletzung wenden.

**Widerspruchsrecht nach Art. 21 DSGVO**

Sie haben das Recht aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung Sie betreffender personenbezogener Daten, die auf Grund von Artikel 6 Abs. 1 lit. e oder f DSGVO (Datenverarbeitung, die erforderlich ist für die Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde; auf der Grundlage einer Interessensabwägung) erfolgt, Widerspruch einzulegen, dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling im Sinne von Art. 4 Abs. 4 DSGVO, soweit zutreffend. Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen. Für den Fall, daß Sie einer Verwendung Ihrer personenbezogenen Daten für Werbezwecke widersprechen, werden wir Ihre personenbezogenen Daten für diese Zwecke nicht weiter verarbeiten. Diese gilt auch für das Profiling, soweit es mit einer solchen Direktwerbung in Verbindung steht.

**9. Quelle der Daten**

Hat Ihr Arbeitgeber für Sie einen Antrag auf Eintragung in das Register gestellt, hat er uns die notwendigen Daten übermittelt.

**10. Pflicht zur Bereitstellung der Daten**

Sie sind dazu verpflichtet, Ihre Daten anzugeben. Diese Verpflichtung ergibt sich aus §§ 11, 11a, 11b, 29, 34, 34c, 34d, 34f, 34h, 34i, 144, 146, 147c, 149, 153a GewO und den jeweiligen Verordnungen. Die IHK Hochrhein-Bodensee benötigt Ihre Daten, um Ihren Antrag auf Erlaubniserteilung und ggf. Registereintragung zu bearbeiten. Wenn Sie die erforderlichen Daten nicht angeben, kann Ihr Antrag nicht bearbeitet werden.

**11. Änderungen der Datenschutzerklärung**

Wir behalten uns das Recht vor, diese Datenschutzerklärung jederzeit unter Beachtung der geltenden Datenschutzvorschriften zu ändern bzw. anzupassen. Derzeitiger Stand ist 01.09.2019.